

Fachleute kritisieren Kopftuchverbot

Am Podium der PHSG haben Fachleute aus Bildung und Theologie das geplante Verbot an Schulen kritisch beleuchtet.

St. Galler Tagblatt, 23.5.2026

Jochen Tempelmann

Es ist das Thema der Stunde: Am Donnerstagabend hat die Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHSG) zur Podiumsdiskussion über das Kopftuch bei Lehrerinnen geladen. Der schon länger geplante Anlass hat unlängst neue politische Brisanz erhalten: Die Regierung hat diese Woche eine parteiübergreifende Motion zu einem Verbot religiöser Kleidungsstücke und Accessoires im Unterricht weitgehend gutgeheissen. In Kürze debattiert der Kantonsrat darüber.

Der Kopftuchstreit schwelt seit einem Jahr. Auslöser waren Eltern aus Eschenbach, die sich gegen das Kopftuch einer Primarlehrerin wehrten. Die junge Lehrerin wurde entlassen. Der Vorfall beschäftigt nicht nur die Politik: Die Aula der PHSG war praktisch bis auf den letzten Platz gefüllt. Im Publikum sassen viele angehende Lehrkräfte – und wohl mehr Frauen mit Kopftuch, als im ganzen Kanton St. Gallen an Schulen unterrichten.

SVP pocht auf Verbot an allen Schulen

Am Podium, das PHSG-Dozentin Rafaela Estermann moderierte, argumentierten zwei – wenn auch ungleiche – Gegner religiöser Symbole bei Lehrpersonen. Thomas Minder, Thurgauer Schulleiter und Präsident des Verbands der Schulleiterinnen und -leiter, führte persönliche Überlegungen an: Er orientiere sich an einem pädagogischen Konzept: Lehrkräfte sollen jegliche Beeinflussung von Schülerinnen und Schülern vermeiden und persönliche Überzeugungen im Unterricht nicht präsentieren. Daher verzichte er auf jegliche persönliche Überzeugung und somit auf religiöse Symbole. «Ich ringe

mit mir», sagte er und führte aus, dass Neutralität schwierig zu definieren sei. Er positionierte sich aber nicht eindeutig für oder gegen eine gesetzliche Verbotssregelung.

Ganz anders Sascha Schmid, der als kantonaler SVP-Fraktionspräsident das Verbot verteidigte. Seine Partei ist die einzige, die praktisch geschlossen gegen das Kopftuch im Unterricht eintritt. Er betonte noch einmal, dass er mit dem Änderungsvorschlag der Regierung, das Verbot religiöser Symbole auf die Volksschule zu beschränken, nicht einverstanden sei, und hielt an seinem Grundsatz fest: «Das Kopftuch passt nicht zu unseren humanistischen und christlichen Werten.»

Im Widerspruch zu Werten oder nicht?

Schmids Argumente stiessen bei Ann-Kathrin Gässlein, Theologin, Islamwissenschaftlerin und Seelsorgerin in St. Gallen, auf heftige Gegenwehr: «Es ist nicht mit den christlichen Werten vereinbar, Musliminnen, die sich gesellschaftlich einbringen wollen, dies zu verbieten.» Es sei auch im Islam ein wichtiger Grundsatz, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Angehende muslimische Lehrerinnen seien mit den Schweizer Werten bestens vertraut. Das Verbot treibe die Frauen in einen Gewissenskonflikt. Gässlein kritisierte diesbezüglich auch die Regierung: «Ihre Argumentation greift zu kurz.»

Wie Rolf Bossart in seinem Inputreferat (siehe Box) gesagt hatte, lassen Symbole viel Spielraum für Interpretationen. Während Gässlein das Kopftuch als Symbol individueller Freiheiten deutete, war es für Schmid das Gegenteil: «Ich sehe das als Symbol der Unterdrückung der Frau» – und verwies



Die Podiumsteilnehmenden von links nach rechts: Thomas Minder, Sascha Schmid, Moderatorin Rafaela Estermann, Ann-Kathrin Gässlein, Mathias Gabathuler.

Bild: Niklas Thalmann

auf islamische Ausland, wo Frauen als Zeichen der Emanzipation das Kopftuch ablegen. Gässlein konterte, das Narrativ aus dem Ausland lasse sich nicht auf die Schweiz übertragen. «Frauen können sehr gut selbst entscheiden, wovon sie befreit werden müssen und wovon nicht.»

Politische Debatte versus Praxis

Mathias Gabathuler hatte sich frühzeitig in einem Interview mit dieser Zeitung gegen ein Kopftuchverbot positioniert. In der Debatte argumentierte der St. Galler Stadtrat, Bildungsdirektor und ehemalige Schulleiter eher auf einer realpolitischen Ebene gegen das Verbot religiöser Symbole. Er erinnerte noch einmal daran, dass keine der rund 700 Lehrerinnen in

PHSG-Dozent kritisiert Regierung

Vor der Podiumsdiskussion lieferte Rolf Bossart, Leiter Institut Gesellschaftswissenschaftliche Bildung, einen Gedankenanstoss zum Thema Symbole. «Symbole regen die Fantasie an und sind Projektionsfläche für vieles», sagte er. Wie schnell sich ihre Bedeutung ändern kann, zeigte er am Beispiel des Kreuzes: Als die Nazis Kreuze entfernten, wurden sie zum Symbol des Widerstands. Seitdem gab es diverse Gerichtsentscheide zum Kreuz im Schulzimmer – befürwortende und

ablehnende. Auch das Kopftuch könne für Vieles stehen – etwa für islamischen Extremismus, aber auch für eine liberale Gesellschaft.

Am Ende seines Vortrags kritisierte auch er die Motion und den Antrag der Regierung: Würden weniger Erfahrungen mit einer strittigen Sache gemacht, erscheine sie fremder. «Religiosität sollte als eine normale Praxis unter anderen verstanden und in der Mitte der Gesellschaft gehalten werden.» (jot)

der Stadt ein Kopftuch trägt, wohl aber Kita-Erzieherinnen. «Ich kann ihnen versichern: Wir haben keine Probleme damit.

Solange wir keine Probleme haben, müssen wir aus den Lösungen von heute keine Probleme von morgen machen.»

Sascha Schmid verwies hingegen auf das Problem in Eschenbach. Er sagte mit Blick auf die vielen Unterzeichnenden der Motion, dass das Verbot viel Rückhalt habe. Durch die zustimmende Haltung der Regierung sah er sich zusätzlich bestätigt: «Es braucht eine rechtliche Grundlage.»

Gabathuler hielt dagegen: «Wir hatten ein einziges Problem im Kanton – und jetzt soll der Staat eingreifen? Das geht für mich nicht auf.» Er erinnerte Schmid daran, dass seine Partei sich doch eigentlich dafür einsetze, so wenig wie möglich gesetzlich zu regeln. Grundsätzlich sei es verlockend, zu glauben, dass ein Gesetz die Probleme aus der Welt schaffe. Doch die Praxis sehe anders aus, sagte Gabathuler mit Blick auf den kürzlichen Kantonsratsbeschluss, auf Kantonsstrassen Tempo 50 vorzuschreiben: «Das führt jetzt dazu, dass die Gemeinden vor Schulen keine Temporeduktion bestimmen dürfen.» Die einfache Lösung sei in beiden Fällen nur vorgegaukelt.

Am Ende der Debatte meldeten sich mehrere junge Musliminnen zu Wort, die mit Sascha Schmid nicht einverstanden waren. Beim PHSG-Publikum stiessen die emotional gelagerten Argumente des SVP-Politikers auf wenig Verständnis, während die fachlichen Argumente der Gegenseite immer wieder Beifall erhielten. Schmid gab sich als lupenreiner Demokrat und betonte, im Parlament würden letztlich die Vertreter der Stimmbevölkerung entscheiden. Am Ende entscheidet womöglich das Stimmvolk direkt. Schmid wandte sich noch einmal direkt an eine der Musliminnen: «Wenn Sie die Schweizer Staatsbürgerschaft haben, können Sie ja dann mitentscheiden.»